

3. Landesparteitag am 28. und 29. August 2010 **Leitantrag zur politischen Situation**

Heißer Herbst gegen soziale Kälte

I. Kapitalismus und Krise – Die soziale Kälte im Land nimmt zu.

Die Katze ist aus dem Sack. Wie erwartet hat die schwarz-gelbe Bundesregierung nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ihre Kürzungspläne aus der Schublade geholt. Während über Nacht hunderte Milliarden zur Rettung des Euro bereitgestellt werden, sollen jetzt durch das Kürzungspaket Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Erwerbslose, Alleinerziehende, Familien und Rentnerinnen und Rentner die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise zahlen. Leistungen für Erwerbslose werden gekürzt, Hartz IV-Beziehenden werden das Elterngeld und der Zuschuss zur Rentenversicherung gestrichen, der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen entfällt. 15.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst werden vernichtet, außerdem drohen Gehaltskürzungen. Mit der Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und der Freigabe der Zusatzbeiträge wird die Kopfpauschale durch die Hintertür eingeführt. Steuergeschenke für Hotelbesitzerinnen und -besitzer gegen Spenden an die FDP, Truppenaufstockung für den Krieg in Afghanistan, Abbau der Entwicklungshilfe kennzeichnen den Kurs der Regierung.

Die Laufzeiten von AKWs sollen verlängert werden, damit die Profite der großen Energiekonzerne steigen. Die soziale Kälte im Land nimmt weiter zu. Guido Westerwelle liefert für die Regierung die passende Begründung.

Es müsse Schluss sein mit „Freibier für alle!“ Und Bundeskanzlerin Angela Merkel meint, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Einige wenige saufen mit Westerwelle und Merkel Champagner, während immer mehr Menschen nicht wissen, wie sie ihre Miete zahlen, geschweige denn ihre Wohnung heizen sollen. In der Bundesrepublik besitzen die reichsten zehn Prozent über sechzig Prozent des gesamten Vermögens. Nicht Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, Alleinerziehende, Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher, Durchschnittsverdiener, kleine Selbstständige oder das akademische Prekariat haben über ihre Verhältnisse gelebt, sondern eine Minderheit von Reichen und Vermögenden. Reiche werden reicher, Arme werden ärmer, lautet das Ergebnis der neoliberalen Umverteilungspolitik der vergangenen Jahre.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind seit langem bekannt. Jahrzehntlang haben wechselnde neoliberale Regierungen eine Politik der Umverteilung von unten nach oben betrieben. Durch enorme Steuererleichterungen für Unternehmen und Besserverdienende haben sie die öffentlichen Kassen gelehrt. Dennoch wurden auf dem ersten Höhepunkt der Krise innerhalb von nur einer Woche 500 Mrd. an Bürgschaften, Krediten und Finanzhilfen für die Banken bereitgestellt. Eineinhalb Jahre später laufen die Geschäfte bei vielen Hedgefonds wieder auf Hochtouren und es werden Milliardenboni ausgezahlt. Die Deutsche Bank feiert Riesengewinne und es wird massiv gegen Griechenland und andere Länder spekuliert. Die kapitalistische Wirtschafts- und Finanzkrise ist in ihre zweite Phase eingetreten.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt das Versagen des Kapitalismus und das Scheitern seiner neoliberalen Heilsversprechen. Dennoch scheint es der herrschenden Politik zu gelingen, die Kosten der Krise auf die Mehrheit der Be-

völkerung abzuwälzen. Die Spaltung der Gesellschaft vertieft sich. Die Krise ist nicht nur das Resultat des Versagens von Managerinnen und Managern. Krisen sind ein integraler Bestandteil des Kapitalismus. Sein Grundprinzip des Profitstrebens und der Gewinnmaximierung trägt die Krise in sich. Die neoliberale Politik von CDU, SPD, FDP und Grünen hat die Krise noch verschärft: Durch die Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen haben sie die riesige Menge des spekulativen Kapitals noch weiter erhöht. Beschränkungen der Finanzmärkte haben sie abgeschafft und neue hochriskante Spekulationsmöglichkeiten zugelassen. Durch Sozialkürzungen, die Aufhebung von Arbeitnehmerrechten und den Druck auf das Lohnniveau, der unter anderem durch Hartz IV ausgelöst wurde, haben sie die Massenkaufkraft und damit die Binnennachfrage geschwächt.

Ein nachhaltiger Weg aus der Krise geht nur über einen grundlegenden Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit. Dafür kämpfen wir, ohne Wenn und Aber!

In den letzten Jahren erschien der entfesselte Kapitalismus vielen als alternativlos. Doch die Krise bietet auch die Chance, ein Fenster aufzustoßen, um Alternativen für eine demokratische und solidarische Gesellschaft zu entwickeln. Wir wollen den Kampf im Hier und Jetzt für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen mit der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft verbinden. Gleichwohl bergen Krisen zugleich die Gefahr eines Rechtsrucks. Der Aufstieg rechts-populistischer und neofaschistischer Parteien in Europa ist uns eine Warnung. Einer solchen Stimmungsmache treten wir entschlossen entgegen. Gegen Rassismus, Hetze auf Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger und Minderheiten setzen wir das Prinzip der Solidarität, die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren, aber auch die Solidarität der Schwächeren untereinander.

Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenkosten

Wir sagen: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Notwendig ist eine strenge Regulierung der Finanzmärkte, einerseits um die Banken und Profiteure der Finanzmarkt-spekulationen zur Kasse zu bitten; andererseits um künftige Finanzkrisen zu vermeiden. Wir brauchen eine Bankenabgabe, die ihren Namen verdient, eine Finanztransaktionssteuer und eine Millionärsteuer. Banken und Versicherungen gehören in gesellschaftliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle, damit sie ihre ursprünglichen Funktionen wieder aufnehmen. Die Umverteilung von unten nach oben muss endlich umgekehrt werden. Weitere Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei den Renten und zunehmende Belastungen im Gesundheitswesen werden wir nicht hinnehmen. Das Verbot von Leiharbeit, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro, die Abschaffung von Hartz IV sowie bis dahin eine Erhöhung des Eckregelsatzes von Hartz IV auf 500 Euro und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung sind das Gebot der Stunde. Die Menschen in diesem Land brauchen keine Haushaltssanierung durch Sozialabbau, sondern eine wirksame „Haushaltssolidierung“ durch eine systematische Steigerung der Einnahmeseite der öffentlichen Hand.

Die Bundespräsidentenwahl hat erneut gezeigt, dass SPD und Grüne momentan nicht für einen Politikwechsel zur Verfügung stehen. Mit ihren rein machttaktischen Manövern stoßen sie Menschen vor den Kopf, die dringend eine Verbesserung ihrer Lage erhoffen. An machttaktischen Manövern beteiligen wir uns nicht. Es geht uns um einen grundlegenden Politikwechsel. Damit steht und fällt unsere politische Berechtigung und Glaubwürdigkeit. Oft wird behauptet, wir würden uns vor der Regierungsverantwortung drücken. DIE LINKE ist nur zur Beteiligung an einer Regierung bereit, die eine Verbesserung der sozialen Lage der Menschen anstrebt.

Dies ist aber nicht möglich, wenn SPD und Grüne sich nicht von ihrer Agenda – und Kriegspolitik verabschieden. Bis dahin liegt die Verantwortung der LINKEN in der Opposition.

Ein Politikwechsel in Hessen, im Saarland, in Thüringen und in Nordrhein-Westfalen ist nicht an der LINKEN gescheitert. Wir kämpfen um gesellschaftliche Mehrheiten, um auf deren Grundlage nach Möglichkeit auch mit parlamentarischen Mehrheiten einen Politikwechsel für Frieden und soziale Gerechtigkeit durchzusetzen. In Hessen ist der rot-grüne Koalitionsvertrag, der leider nicht zum Einsatz kam, ein Beweis dafür, was im Falle einer Tolerierung der LINKEN möglich wäre: Stopp von Sozial- und Stellenabbau, Ausbau der öffentlichen Beschäftigung, Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherte, tarifvertragliche Arbeitsverhältnisse sowie längeres gemeinsames Lernen und eine ökologische Wende in der Energiepolitik. Bereits auf dem Weg dahin hatte die Mehrheit links von der CDU nach dem außerparlamentarischen Druck der Studierenden die Studiengebühren abgeschafft.

Wir werden uns auf der Straße und in den Parlamenten weiter dagegen wehren, dass die Krisenfolgen auf die Schwächeren der Gesellschaft abgewälzt werden. Wir werden gemeinsam mit den Betroffenen, mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen diesen Widerstand organisieren. Die Demonstrationen mit über 40.000 Menschen in Stuttgart und Berlin am 12. Juni können nur ein Auftakt gewesen sein.

DIE LINKE wird für einen heißen Herbst als Antwort auf die soziale Kälte kämpfen. Wir begrüßen und unterstützen die geplanten Aktivitäten von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen im Herbst dieses Jahres.

II. Kahlschlag in den Kommunen

Die Folgen der Umverteilungspolitik werden insbesondere in den Kommunen sichtbar. Seit Jahren werden die kommunalen Kassen ausgeblutet, ganze Städte stehen vor der Pleite. Schon jetzt führen die massiven Einbrüche bei den Gewerbesteuern wie auch die erheblichen Kürzungen der kommunalen Finanzmittel durch das Land Hessen zu spürbaren Einschränkungen bei den so genannten freiwilligen Leistungen der Landkreise und Gemeinden. In den kommenden Jahren drohen durch diesen Finanzkollaps unübersehbare Folgen für die kommunale Selbstverwaltung: Eine Reduzierung der kommunalen Aufgaben auf ihre Pflichtaufgaben ist zu befürchten. Für die aktive Gestaltung des sozialen und kulturellen Lebens in den Städten und Gemeinden wird es dann keinen Spielraum mehr geben.

Schon jetzt können viele grundlegende Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden. Kinderbetreuung, attraktiver Personennahverkehr, ökologische Projekte, Bibliotheken, Museen und Theater, Jugendprojekte oder Jugendzentren, Sportstätten, Schwimmbäder, soziale, gesundheitliche und kulturelle Einrichtungen drohen unter den Hammer zu geraten. Alternativ wird die Gebührenschaube angezogen, wodurch der Anspruch auf öffentliche Leistungen vom Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger abhängig gemacht wird.: Wer kein Geld für teure Bibliotheksgebühren hat, muss künftig auf das Lesen von Büchern verzichten. Öffentliche Einrichtungen, wie Krankenhäuser oder Altenpflege stehen zum Ausverkauf, die Beschäftigten werden unter Druck gesetzt. Die Kommunen sind die Leidtragenden der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Steuerpolitik, die Reiche begünstigt und die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bittet. Gesetze der schwarz-gelben Koalition entziehen den Kommunen in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 3,6 Mrd. Euro. In Hessen plant die Landesregierung zudem, im nächsten Jahr 360 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zu streichen. Die Steuerpolitik der Bundesregierungen

seit 1998 hat dazu geführt, dass dem Land Hessen jährlich 2 Mrd. Euro und den hessischen Kommunen noch einmal zusätzlich jährlich 800 Mio. Euro fehlen.

Die kommunalen Spitzenverbände protestieren gegen diese Austrocknungspolitik. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister beschwerten sich über die Finanzsituation ihrer Städte und Gemeinden. Wir begrüßen diesen Protest. Gleichzeitig geben sie den Druck nach unten weiter und sind Mitglieder derjenigen Parteien, die für diese kommunale Finanznot verantwortlich sind. CDU, SPD, FDP und Grüne: Alle waren in den letzten Jahren in der Bundesregierung an dieser Umverteilungspolitik beteiligt. DIE LINKE hat diese Entwicklungen stets kritisiert und ihre Alternativen für soziale Gerechtigkeit entgegengehalten.

Für eine solidarische Kommunalpolitik von Unten

Die Kommunen sind der Ort, wo wir leben, lieben, wo wir arbeiten und unsere Freizeit verbringen. Hier werden einerseits die Folgen der verfehlten Politik der letzten Jahre, die Spaltung in arm und reich, in oben und unten, besonders erfahrbar und für jeden spürbar. Andererseits können unsere Städte und Gemeinden Keimzellen für alternative gesellschaftliche Mehrheiten und für eine solidarische Lebensweise sein. Vor Ort und im Kontakt mit den Menschen, in den Vereinen, Bürgerinnen- und Bürgerversammlungen, in den Stadtteilen, auf den Gassen, Straßen und Plätzen sowie im direkten Lebensumfeld gilt es, Menschen für einen grundlegenden Richtungswechsel zu gewinnen und zu mobilisieren. Hier nehmen wir den Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung auf. Hier streiten wir für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und weiterer kommunaler Dienstleistungen. Hier stellen wir die Eigentumsfrage, wenden uns entschieden gegen Privatisierungen und setzen uns für die Re-Kommunalisierung insbesondere der Energieversorgung ein. Wir werden nicht müde, auch vor Ort die ungerechte Steuerpolitik zu thematisieren und eine sozial gerechte Steuerpolitik als Grundlage für leistungs- und handlungsfähige Kommunen einzufordern. Hier stellen wir uns faschistischen und rassistischen Bestrebungen konsequent in den Weg und treten für die soziale und politische Gleichstellung aller Einwohnerinnen und -einwohner, unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft oder sexueller Orientierung ein. Hier erheben wir unsere Stimme für ein Umsteuern auf eine sozialökologische Verkehrs- und Stadtplanung, die Mobilität für Alle mit dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen verbindet.

Als „Sachzwänge“ verkleidete Vorgaben des kapitalistischen Wirtschaftssystems werden wir nicht akzeptieren. Auch wenn wir wissen, dass sehr viele Rahmenbedingungen auf der Bundesebene gesetzt werden, legen wir auch vor Ort den Finger in die Wunde der kapitalistischen Verwertungslogik und bringen unsere konkreten Alternativen aktiv in die örtlichen Debatten ein. Auch wenn uns bewusst ist, dass die sozialen Probleme der Menschen nicht allein in einer Kommune gelöst werden können, werden wir Vorschläge für eine soziale und gerechte Politik vor Ort entwickeln, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Auch auf kommunaler Ebene gilt: DIE LINKE wird sich an keiner Koalition in Magistrat, Kreis- oder Gemeindeausschuss beteiligen oder sie unterstützen, die Privatisierungen, Sozial- und Arbeitsplatzabbau weiter voran treibt oder einen weiteren Abbau der demokratischen Rechte vornimmt. Eine Politik, die aufgrund der kommunalen Finanznot entweder das Schwimmbad oder das Theater schließen, die Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen oder die Löhne der kommunalen Beschäftigten kürzen will, findet unsererseits nicht nur keine Unterstützung, sondern entschiedene Opposition.

Wir kämpfen für gleiche Rechte, für alle hier lebenden Menschen. Die Wahlen zu den Ausländerbeiräten am 7. November 2010 werden wir unterstützen, indem wir gemeinsam mit anderen Linken auf internationalistischen Listen antreten oder Listen der LINKEN aufbauen.

Bei der Kommunalwahl 2006 zogen mehr als 150 linke Kommunalpolitikerinnen und -politiker in über 30 Städten und Gemeinden sowie in 20 Landkreisen in die kommunalen Parlamente ein. Zu dem Zeitpunkt noch nicht in einer Partei vereint, kandidierten PDS und WASG gemeinsam mit vielen anderen Linken und legten damit einen wichtigen Grundstein für die erfolgreiche Parteigründung zur LINKEN.

Wir wollen die seitdem gewachsene Bedeutung der LINKEN bei der Kommunalwahl 2011 sichtbar machen. Unser Ziel ist es, in allen kreisfreien Städten und Landkreisen anzutreten. Wir streben eine erhebliche Erhöhung unserer Mandate an und laden Aktive aus Gewerkschaften, Initiativen, Verbänden und sozialen Bewegungen zu einer Kandidatur auf unseren Listen ein.

Wir werden, wo immer es möglich und sinnvoll ist, mit eigenen Kandidatinnen und Kandidaten zu Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen antreten, um auch in diesem Rahmen unseren politischen Alternativen in den Städten und Gemeinden ein Gesicht zu geben.

Wir werden die Kommunalwahl dafür nutzen, die Organisationsstruktur der LINKEN zu stärken, neue Mitglieder zu gewinnen und weitere Ortsverbände aufzubauen.

Für uns gilt es, die Menschen für unsere Alternativen für Solidarität und soziale Gerechtigkeit auch vor Ort zu gewinnen.

III. Neue „Operation düstere Zukunft“ in Hessen

Dass Roland Koch endlich gegangen ist, ist gut so. Doch das System Koch bleibt. Dieses System ist untrennbar mit einer brutalstmöglichen Politik, mit rassistischen Wahlkämpfen, schwarzen Kassen, Täuschung und Vertuschung verbunden. Wir machen uns keine Illusionen, sein Nachfolger Volker Bouffier ist ein enger Vertrauter Kochs und steht für eine hohe Kontinuität in der rechtskonservativen hessischen CDU. Mit ihm gibt es keinen personellen, schon gar keinen politischen Neuanfang.

Die schwarz-gelbe Landesregierung kürzt nicht nur bei den Kommunen. Für den scheidenden Ministerpräsidenten gibt es beim „Sparen keine Tabus“. Nach der sogenannten „Operation sichere Zukunft“, bei der die Landesregierung im Jahr 2004 eine Milliarde Euro im Landeshaushalt gekürzt hat, insbesondere bei den Landesbeschäftigten, sozialen Einrichtungen und bei den Studierenden, droht eine erneute Kürzungssorgie, die wir eine neue „Operation düstere Zukunft“ nennen. Über 600 Mio. Euro plant die Landesregierung im Landeshaushalt einzusparen. Stellen in der Landesverwaltung sollen gestrichen, im Bereich der Schulen und Hochschulen sollen Millionen gekürzt werden. Arbeits- und Amtsgerichte werden geschlossen. Im gleichen Atemzug wird die Wiesbadener European Business School mit 50 Mio. Euro vom Land und von der Stadt Wiesbaden gefördert: Millionen für die Elite bedeuten Mittelkürzungen für die Mehrheit der Studierenden.

Als wäre dies noch nicht genug, plant die schwarz-gelbe Koalition eine Schuldenbremse in die Hessische Verfassung aufzunehmen. Es ist geradezu zynisch, dass die Regierung am Tag der Kommunalwahl über die Schuldenbremse in der Landesverfassung abstimmen lassen will. Schließlich sind die Kommunen schon jetzt am Rande des Ruins, weil die Landesregierung auf ihre Kosten die Steuersenkungen der letzten Jahre finanziert. Dies wird sich verschärfen, wenn das Land keine neuen Kredite mehr aufnehmen darf. Wir werden die Zeit bis zu den Kommunalwahlen dafür nutzen, um deutlich zu machen: Wer Schuldenbremse sagt, meint letztlich Steuersenkungen und Sozialabbau. Auch in Hessen wird sich DIE LINKE dafür stark

machen, die öffentlichen Haushalte langfristig zu stabilisieren. Dafür brauchen wir keine Schuldenbremse, sondern eine Steuersenkungsbremse.

2004 haben auf der seit Jahren größten hessischen Demonstration Zehntausende in Wiesbaden gegen das unsoziale Verarmungs- und Kürzungsprogramm der Landesregierung demonstriert. Hieran müssen wir anknüpfen. DIE LINKE steht an der Seite derjenigen, die sich gegen die neuerliche „Operation düstere Zukunft“ wenden und wird aktiver Teil des Widerstands gegen den hessischen Sozialkahl Schlag sein.

Und: Es formiert sich eine neue Anti-AKW-Bewegung. Es gibt in der Bevölkerung eine deutliche Mehrheit gegen Atomkraft und gegen die Laufzeitverlängerungen. Diesen Atomdissens haben im Frühjahr zehntausende Menschen – auch in Biblis – auf die Straße getragen. Auch hier ist DIE LINKE aktiver Bestandteil, auch um immer wieder zu verdeutlichen, dass die Atomkraft in Deutschland längst Geschichte sein könnte, wenn SPD und Grüne während ihrer Regierungszeit konsequent gewesen wären, statt ein Abkommen mit den Energiekonzernen zu schließen, das das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben steht.

IV. DIE LINKE Hessen in Bewegung: Für einen heißen Herbst

Als Teil des Widerstands gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Bevölkerungsmehrheit werden wir in den Kreisverbänden öffentliche Veranstaltungen und Protestaktionen vor Symbolen und Akteuren des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus (z. B. Banken, Versicherungen, Börse oder EZB) organisieren. Wo immer sich Belegschaften gegen Betriebsschließungen oder Lohnkürzungen wehren, wo Erwerbslose sich gegen weitere Unzumutbarkeiten auflehnen, wo sich kommunale Initiativen gegen die Zerschlagung öffentlicher Einrichtungen wenden, werden wir aktiv sein.

Schwarz-Gelb macht krank: Wir werden unsere Kampagne zur Gesundheitspolitik weiterführen. Der gesundheitspolitische Kahl Schlag von CDU und FDP trifft auf breite Ablehnung durch Gewerkschaften, Sozialverbände, kirchliche Organisationen, das globalisierungskritische Netzwerk attac, aber auch durch SPD und Grüne. DIE LINKE ist die einzige Partei, die mit der Forderung nach einer echten Bürgerversicherung für eine radikale solidarische Alternative auch zum bestehenden Gesundheitssystem eintritt. Wir wollen eine Solidarische Bürgerversicherung, in die ausnahmslos alle Beiträge einzahlen, zu deren Berechnung alle Einkünfte, auch die aus Spekulationen, ohne Bemessungsgrenze herangezogen werden. DIE LINKE wird sich an Bündnissen gegen den gesundheitspolitischen Kahl Schlag beteiligen. Wir werden offensiv für unsere Alternative einer Solidarischen Bürgerversicherung werben.

Wir werden im Herbst eine Kampagne gegen die drohende Kürzungssorgie organisieren, auch um für ein NEIN bei der bevorstehenden Abstimmung über die Verankerung der „Kreditbremse“ in der hessischen Verfassung zu werben. Deutschland und Hessen haben weniger ein Ausgabenproblem, sie haben ein Einnahmeproblem. Deshalb weisen wir das wachswichtige Argument entschieden zurück, dass Sozialkürzungen in Ordnung sind, wenn auch bei den Reichen – natürlich nur ein bisschen – gekürzt wird. Wir halten dagegen: Sozialkürzungen sind völlig überflüssig, wenn Reiche und Unternehmen angemessen besteuert werden:

Durch mehrfache Steuerreformen hat der Staat seine Einnahmen in der Vergangenheit massiv verringert: Unter anderem wurde der Höchstsatz der Einkommensteuer von 53 auf 42 Prozent gesenkt, die Gewinnsteuer der AGs und GmbHs von 40 auf 15 Prozent. Die Vermögensteuer wird schon seit 1997 nicht mehr erhoben. Von der Streichung der Vermögensteuer, der mehrfachen Senkung von Spitzensteuersatz und Unternehmensbesteuerung, der Reduzierung der Erbschaftssteuer bis hin zu den aktuellen Steuersenkungen für Hoteliers reichen die "Reformen". Vor allem Ver-

mögende, Bezieher hoher Einkommen und Unternehmen haben davon profitiert. Alle Steuerreformen seit 1998 zusammengerechnet haben in den letzten zehn Jahren zu Einnahmeausfällen beim Staat von insgesamt fast 340 Milliarden Euro geführt. Über 30 Milliarden Euro davon haben die Gemeinden zu verkraften.

Wir werden die Partei weiter aufbauen. Noch immer haben wir zu wenig Mitglieder. Um die Gesellschaft grundsätzlich zu verändern, brauchen wir eine deutlich stärkere Verankerung in der Bevölkerung. Bei all unseren Aktivitäten werden wir insbesondere darauf achten, potentielle Neumitglieder anzusprechen und unsere vorhandenen Mitglieder aktiv in die politischen Aktionen einzubeziehen – dies gelingt bisher nicht immer. Neben rechtzeitigen Ankündigungen und Bewerbungen sind in Flächenkreisverbänden häufig auch Anfahrtsprobleme zu lösen, um eine breite Teilnahme zu ermöglichen. Die im Frühjahr aufgenommene und im Herbst fortzuführende Veranstaltungsreihe „Was will DIE LINKE?“ zeigt einerseits, dass viele Menschen in Hessen mit uns diskutieren und zusammen arbeiten wollen. Andererseits erreichen wir über solche konventionellen Veranstaltungen längst nicht alle Menschen, die an unserer Politik interessiert sind. Hier müssen wir Politikformen entwickeln, die uns direkt mit den Menschen in Kontakt bringen. Unser Augenmerk liegt auf der Einbindung von Neumitgliedern. Auf der Ebene der Kreisverbände müssen entsprechende Angebote entwickelt werden. Ein hessenweites Neumitgliedertreffen mit Besuch der Landesgeschäftsstelle und des Landtags in Wiesbaden könnte ein weiterer Anknüpfungspunkt sein.

Eine zentrale Aufgabe des Landesverbands ist die Führung der Programmdebatte. Neben den zahlreichen Veranstaltungen auf Kreisebene, werden wir einen Programmkonvent zusammen mit den Landesverbänden Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen organisieren. Wir müssen die Programmdebatte so führen, dass möglichst viele GenossInnen daran teilnehmen und sich mit inhaltlichen Vorschlägen und Ideen einbringen können. Die Programmdebatte bietet die Chance, unseren Identitätsbildungsprozess fortzusetzen und mit produktiven Kontroversen um das politische Profil der Partei zu verbinden.

In vielen Kreisverbänden wurden Frauenverantwortliche und -strukturen ins Leben gerufen, frauenspezifische Veranstaltungen zur Kommunalpolitik haben stattgefunden. Das ist ein Erfolg, aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben, wenn wir eine wirkliche Geschlechtergerechtigkeit in der Partei und die Emanzipation der Frauen in der Gesellschaft erreichen wollen. Deshalb werden wir auf allen Ebenen die Bildung von Frauenstrukturen fördern und unterstützen. Im März 2011 jährt sich der internationale Frauentag zum 100. Mal. Dieses Jubiläum werden wir mit entsprechenden Veranstaltungen und politischen Aktionen begleiten.

Es ist uns dank des Engagements des Landesschatzmeisters und der KreisschatzmeisterInnen gelungen, die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen deutlich zu erhöhen. Zur langfristigen Sicherung unserer Politik müssen wir jedoch weitere Anstrengungen unternehmen. *Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen müssen weiter gesteigert werden*, um die Eigenständigkeit der Partei zu gewährleisten: Anders als CDU, SPD, FDP und Grüne erhalten wir keine Großspenden aus der Wirtschaft und das soll auch so bleiben.

Wir werden in Zusammenarbeit mit der Kommission Politische Bildung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Kommunalpolitischen Forum die politische Bildungsarbeit weiter intensivieren, um eine aktive Mitgliederpartei zu werden. Der Durchführung von Neumitgliederseminaren kommt für die Einbindung und Aktivierung von Mitgliedern eine wichtige Bedeutung zu.

Wir werden nicht müde, vor den Betrieben und Arbeitsämtern, auf den Straßen und in den Stadtteilen für Frieden und soziale Gerechtigkeit und für eine Wirtschafts- und

Gesellschaftsordnung zu kämpfen, in der die Interessen und Bedürfnisse der Menschen und nicht das Profitstreben von Banken und Konzernen im Mittelpunkt allen Handelns stehen.

Die beste Antwort auf die soziale Kälte in diesem Land ist ein heißer Herbst.

Beschlussfassung: Bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen so beschlossen